

## Links diskutiert

**3** | Potsdam 2010 – Das Jahr der Familie / Umfrage

## Waldstadt / Schlaatz

**6–9** | Stellplätze, Eigenheim-Siedlung, Integration am Schlaatz

## Links informiert

**10** | Sozialismus mit menschlichem Antlitz

### Protest von Parlament und Straße

## Gegen Kriegsverlängerung in Afghanistan

Mit einem stillen Gedenken (Foto) erinnerte die Bundestagsfraktion DIE LINKE während der Debatte über die Verlängerung des Bundeswehrmandats in Afghanistan am 26. Februar 2010 an die Opfer des NATO-Bombardements bei Kundus im September 2009. Bundestagspräsident Lammert schloss die Abgeordneten daraufhin vom Rest der Sitzung aus. Die Verlängerung des Kriegseinsatzes und die Aufstockung der Bundeswehr in Afghanistan wurden mit der Mehrheit von Union, SPD und FDP beschlossen. Auch die Potsdamer Bundestagsabgeordneten Katherina Reiche (CDU) und Andrea Wicklein (SPD) unterstützten die Verlängerung des Kriegseinsatzes – Thomas Nord (DIE LINKE) stimmte dagegen.

Mehr als acht Jahre dauert der Einsatz der NATO in Afghanistan unter Beteiligung der Bundeswehr an. Die Unterscheidung zwischen



Zivilisten und Nicht-Zivilisten hat nichts mit der afghanischen Realität zu tun. Allein im Jahr 2009 sind laut UNO über 2400 ZivilistInnen bei Kampfhandlungen getötet worden. Afghanistan braucht keine Besatzungsarmeen, durch die der Krieg immer weiter eskaliert, sondern Hilfe beim zivilen Wiederaufbau. Allein für das Jahr 2010 bewilligt die Bundesregierung für den militärischen Einsatz am Hindukusch erneut 784 Millionen Euro, bislang hat der Bundeswehreinsatz die deutschen Steuerzahler über vier Milliarden Euro gekostet. Diese Gelder fehlen für den Wiederaufbau. Während mit dem Export von Rüstungsgütern immer mehr Geld „verdient“ wird – der Wert der deutschen Rüstungsexporte betrug allein 2009 rund 2,5 Milliarden Dollar – leben viele Afghaninnen und Afghanen ohne Zugang zu sauberem Wasser, medizinischer Versorgung oder Strom. Deshalb fordert DIE LINKE nicht nur den sofortigen Abzug der Bundeswehr, sondern auch zivile Aufbauhilfe und Verhandlungsinitiativen. Diese Forderung braucht auch den „Druck von der Straße“, Protestbewegungen gegen den Krieg, damit das Ja zu mehr Soldaten aus dem Bundestag auf Widerstand trifft. -ed

## Winter ade – Frühling tut weh...

Potsdam steht in den Schlaglöchern / Graffiti-Sprayer wollen helfen

Der „Klassen-Feind“ Winter taut langsam weg. Da macht sich schon ein neuer „Feind“ breit. Doch scheint auch hierbei niemand bei den Oberen in Stadt und Land zu wissen, dass nach dem Eis und Schnee in JEDEM Jahr (garantiert) ein Frühling kommt. Und mit ihm die sichtbaren Erkenntnisse, dass viele Straßen allenfalls noch als Slalomstrecken oder „Straßengolfplätze“ zu gebrauchen sind. Und weil das eben niemand vorher eingeplant hat, kommt das böse Erwachen. Löcher über Löcher, die nun mal zugestopft werden müssen. Die Kommunen stöhnen schon jetzt: Wer soll das bezahlen?!

Trotzdem. Der Schnee ist kaum ganz weg, schon beginnt man die Löcherpisten zu flicken. Mit Kaltasphalt. Ein Fachmann meinte jedoch: „Dat is wie ne provisorische Plombe beim Zahnarzt. Es hält nicht lange.“ Sprich: Richtig wäre gleich eine Verfüllung mit Heißasphalt. So der Fachmann. Aber – so ist es derzeit in



der Presse zu lesen – dafür fehlt die „Kohle“. Konnte ja auch niemand voraussehen...

Oberbürgermeister Jann Jakobs widmete daher auch pünktlich zum Frühling einen Teil seiner Rede vor den Stadtverordneten am 3. März 2010 dem Problem einen nicht geringen Teil. Wie aus gewöhnlich gut informierten Kreisen verlautet, soll sich der Verein „Potsdamer Jung-Sprayer“ verpflichtet haben, alle Löcher mit farblicher Kennung zu versehen. Als Muster wurde die Straße zwischen Drewitz und dem Industriegebiet Rehbrücke ausgewählt (Foto). Immer noch besser, als ständig verschmierte Hauswände ansehen zu müssen.

Das Problem besteht jedoch für uns Nutzer, dass es mit der Verkehrssicherheit bei solch maroden Straßen nicht zum Besten steht. Das Unfallrisiko steigt. Und falls wegen Straßenschäden ein Unfall passiert, muss der Verkehrsteilnehmer in der Regel selbst zahlen. Zwar sind die Kommunen im Rahmen ihrer Verkehrssicherungspflicht für den ordnungsgemäßen Zustand der Straßen verantwortlich. Aber: Sie können ganz einfach Warnschilder aufstellen oder Tempolimits erlassen. Und wir? Wir pendeln allmorgend- und -abendlich weiter über die Buckelpisten... Dank der Sprayer-Initiative wird's eben eine farbige Angelegenheit.

Bernd Martin

April 2010

Noch

**1**

**Monat Zeit,**  
um das Bürgerbegehren  
„Freies Ufer am  
Griebnitzsee“  
zu unterstützen!  
Ihre Unterschrift zählt!

**Wir gehen vor! Gute Arbeit.  
Gerechte Löhne. Starker Sozialstaat**

Unter diesem Motto veranstaltet der DGB 2010 die Maiveranstaltungen. Die Gewerkschaften und DIE LINKE Potsdam rufen zur Teilnahme an der Demonstration und Kundgebung auf. Der Sozialstaat ist in den letzten Jahren bereits erheblich durch die Bundesregierungen beschädigt worden! Wir sind weiterhin für:

- die Ablehnung der Rente ab 67, wie CDU, FDP, SPD und Grüne sie nach wie vor anstreben,
- einen bundesweiten Mindestlohn von 10 Euro,
- eine Ablehnung der einkommensunabhängigen Kopfpauschale im Gesundheitswesen und
- Hartz IV muss weg. Die Zumutungen von Guido Westerwelle und Hannelore Kraft gegenüber Hartz IV-BezieherInnen lehnen wir entschieden ab.

**Am 1. Mai 2010 wollen wir für diese Forderungen in Potsdam auf die Straße gehen!**

### Auf ein Wort...



## Auf der Suche nach der Friedenspfeife

Von Olga Schummel, Potsdam, Mitglied im Landesvorstand DIE LINKE.Brandenburg

Mark Twain sagte schon vor langer Zeit: „Man vergisst vielleicht, wo man die Friedenspfeife vergraben hat, aber man vergisst niemals, wo das Beil liegt.“ Tagtäglich werden wir Beobachter militärischer Auseinandersetzungen in der Welt – unsere Sinne stumpfen ab, der Anblick der Opfer in Fernberichten erschüttert uns kaum noch. Politiker rechtfertigen den Krieg, indem sie ihn einem binären Schema des „guten“ und des „bösen“ Krieges unterwerfen, und begründen damit die Kriegsführung. Oft stützen sie sich auf starre geschichtliche oder religiöse Deutungen und Geltungsansprüche. Befreien wir uns von traditionellen Denkmustern, um menschliche Beziehungen auch menschlich zu interpretieren! Dann kann es uns gelingen, das Agieren von der Militärindustrie abhängiger Politiker zu durchschauen. Und wir können auch im scheinbar Kleinen beginnen und unser alltägliches, nachbarschaftliches Miteinander mit Respekt füreinander gestalten – unabhängig von Herkunft und Weltanschauung. In diesem Sinne: Lasst uns die Friedenspfeife suchen!

## Verkehr besser ohne Busspur in der Zeppelinstraße

Zu: „Wie verhindert man eine Busspur?“/PaS März 2010, S.9

Der vor einigen Wochen von einer Mehrheit der Stadtverordneten gefasste Beschluss zur Einrichtung einer Busspur in der Zeppelinstraße ist ohne vorherige Klärung der fachlichen Voraussetzungen gefasst und von vielen eher Ortsunkundigen beschlossen worden. Völlig zu Recht gab es dagegen Einwohnerbeschwerden. Diese wurden vom Eingabenausschuss behandelt. Jetzt hat auch die Verwaltung eingesehen, dass zunächst verkehrstechnische Untersuchungen erforderlich sind.

Da ich aus täglicher Lebenserfahrung die Bedingungen in der Zeppelinstraße und in den benachbarten Nebenstraßen seit etwa 40 Jahren gut kenne, weiß ich, wovon ich spreche. Wir haben es hier mit einer relativ schmalen Hauptstraße zu tun, die gegen-

wärtig ca. 40.000 Fahrzeuge pro Tag bewältigen muss. Dabei gibt es keine alternativen Strecken. Der Park Sanssouci, die dichten Wohngebiete und die nahe Havel unterbinden jede Alternative im näheren Umfeld. Übrigens auch deshalb ist es so wichtig, weiter zu versuchen, die RE 1-Züge wenigstens halbstündlich und nicht nur einmal pro Stunde in Charlottenhof und Wildpark halten zu lassen! Die angedachte Busspur ist kein Gewinn für den Stadtteil. Nicht einmal für den ÖPNV wäre sie wirklich nützlich. Die Straßenbahnen könnten zwar scheinbar flüssiger stadteinwärts fahren. Wie die Praxis der paar Wochen im letzten Jahr gezeigt hat, kommt es jedoch durch Rückstau der KFZ in der Zeppelinstraße zum Blockieren der Kreuzung Nansenstraße, die

als Blockumfahrung zum Kiewitt dient, sowie zum Rückstau in der Geschwister-Scholl-Straße, in der die Bahnen und Busse im Stau gefangen waren. Weiterhin lohnt ein Erfahrungsaustausch mit Berlin. Dort klappt nicht nur der Winterdienst besser als in Potsdam. Man kann sich auch auf dem Ku-Damm ansehen, wie eine Busspur funktionieren kann. Man wird feststellen, dass dort an allen relevanten Stellen neben der durchgehenden Fahrspur und der Busspur separate Rechts- und Linksabbiegespuren gebaut sind! Nur so funktioniert so etwas. Auf Potsdam übertragen, müssten die Linksabbieger zu Lidl, zum Sanssouci-Ei und zur Nansenstraße eigene Fahrstreifen haben, wenn man die rechte Spur zur Busspur erklären wollte. Den baulichen Raum dafür sehe

ich nicht. Ich sehe aber, dass bei intelligenter Mischnutzung der beiden Spuren (ohne Busspur) der Verkehr insgesamt und auch in den benachbarten Wohngebietsstraßen meistens gut funktioniert. Wir brauchen keine scheinbaren Lösungen des Aktionismus oder zum Abkassieren der „bösen“ Autofahrer. Wir brauchen Gemeinsinn und partnerschaftliches Verhalten auch im Straßenverkehr, Verdichtung des Regionalbahnverkehrs und eine insgesamt möglichst flüssige Verkehrsabwicklung. Dabei sollte man die Augen nicht davor verschließen, dass weitere Einwohnerzuwächse in Potsdam auch weitere Verkehrsmengen bedingen, die qualifiziert zu bewältigen sind, damit die Anwohner nicht im Stau erstickten.

Dipl.-Ing. Ralf Jäkel



## „Arroganz der Macht“

Lesermeinung zur „spätromischen Dekadenz“ und zu Westerwelle-Jüngern im Potsdamer Stadtparlament

In einer Potsdamer Tageszeitung vom 20.02.2010 waren in einem ergänzenden Kasten zu dem Beitrag „Forderungen über eine Million“ die Gedanken von drei jungen FDP-Stadtverordneten abgedruckt. Manches, was in dem vorstehenden Artikel gesagt wird, ist sicher überdenkenswert. Mir geht es um die ganz persönliche Meinung und Haltung der drei Genannten. Sie verkünden darin das, was die Politik und das Empfinden des Mittelstandes (der sogenannten Mittel- und Oberschicht) sind. Es ist die Arroganz der Macht.

Im Detail: In diesem Beitrag geht es u.a. auch um drei Meinungen von FDP-Stadtverordneten – Stefan Becker, Martina Engel-Fürstenberger und Björn Teuteberg – zu dem Gedanken von Guido Westerwelle zur „spätromischen Dekadenz“.

Ich muss gestehen, was diese jungen Westerwelle-Jünger kundtun, hat mich sehr nachdenklich gemacht. Andere aus meinem Bekanntenkreis sogar zornig. Die Gedanken gingen auch dahin, wenn Björn Teuteberg meint, für ihn sei der Begriff der spätromischen Dekadenz ein Synonym für „wir gehen zwar nicht arbeiten, aber es geht uns trotzdem sehr gut, weil die anderen ja ausreichend für uns sorgen“, dann sollten die drei Volksvertreter – und nicht nur sie – doch einmal die Praxis kennen lernen. Es gibt Länder, in denen Abgeordnete diesen Praxistest machten und zu erschütternden Ergebnissen kamen. So u.a. in unserem Nachbarland Polen.

Ein Vorschlag unserer Runde lautete: Alle Abgeordneten sollten sich einmal nur drei Monate lang als Hartz-IV-Empfänger be-

währen. Ihr gegenwärtiges Heim für diese Zeit aufgeben, auf Wohnungssuche gehen, die den staatlichen Vorgaben entspricht, sich in die Schlange der Arbeitssuchenden einreihen und alle damit verbundenen Erniedrigungen ertragen. Das gegenwärtige Konto wird für diese Zeit gesperrt und auch jegliche Zuwendung seitens der Familie und Freunde untersagt. Selbstverständlich sind auch Banketts und andere „freie“ Verköstigungen tabu. Das dann eingerichtete zeitweilige Hartz-IV-Konto muss für alles reichen.

Bei unseren Gesprächen wurde bezweifelt, dass sie „diesen erlebbaren spätromischen Überfluss“ durchstehen: Kein geschwätziges Diner mit Freunden, kein Theater- oder Konzertbesuch, kein Buchkauf und kein Zeitungs-Abonnement. In dieser Zeit werden sie erleben,

wie man jeden Cent mehrfach umdreht, ehe er ausgegeben wird und wie man vereinsamt, weil sich viele vor den in Armut Geratenen zurückziehen. Verschärfte Bedingungen sollten ihnen erlassen werden. Sonst müssten Kinder und andere Familienangehörige sich bei der Tafel anstellen. Dieser Schock soll den Wohlbehüteten erspart bleiben. Es reicht, wenn sie die Probanden nach diesen drei Monaten, hoffentlich geläutert, aus der Unterwelt wieder bei sich aufnehmen.

Da anzunehmen ist, dass sie von der Arbeitsagentur aufgrund zu hoher Qualifikation nicht vermittelbar sein werden, bleibt ihnen Björn Teutebergs Optimismus: „Wir gehen zwar nicht arbeiten, aber es geht uns trotzdem sehr gut, weil die anderen ja ausreichend für uns sorgen.“ Helga Bornstädt

### IMPRESSUM

„Potsdams andere Seiten“  
Die Linke Monatszeitung  
für die Landeshauptstadt.

**HERAUSGEBER:** Kreisvorstand DIE LINKE, Potsdam; **Günther Waschkuhn**, Vorsitzender, Alleestraße 3, 14469 Potsdam.

**REDAKTION:** medienpunkt potsdam; Hessestraße 5, 14469 Potsdam **Bernd Martin** (V.i.S.d.P.); **Rainer Dyk**, Redakteur; **H. Jo. Eggstein**, Layout; **Jens Hörnig**, Reisen, Service; **Gerinde Krahnert**, freie Mitarbeit; **Renate Frenz**, Redaktionssekretariat; Tel.: 0331/ 20 01 89-70; Fax: -71; email: pas.redaktion@gmx.net;

**ANZEIGEN:** Sekretariat.  
**BANKVERBINDUNG:** Mittelbrandenburgische Sparkasse, Kto-Nr.

3508020699; BLZ: 160 500 00

„PaS“ erscheint monatlich für 12.000

LeserInnen. Nachdruck, auch aus-

zugsweise, nur mit schriftlicher Ge-

nehmigung der Redaktion.

Veröffentlichungen, die nicht aus-

drücklich als Stellungnahme des

Kreisvorstandes und/oder der Redak-

tion gekennzeichnet sind, stellen die

persönliche Meinung des/der AutorIn

dar. Für unverlangt eingesandte Ma-

nuskripte bzw. Fotos kann keine Haf-

tung übernommen werden. Für die

Veröffentlichung von Leserpost behält

sich die Redaktion das Recht sinn-

wahrender Kürzungen vor.

**BILDAUTOREN:** Redaktion, Archiv

**DRUCK:** Nordost-Druck GmbH

Neubrandenburg.

Familien gehen freundlich miteinander um. Sie respektieren sich und andere, helfen einander. Freundlichkeit ist eine Eigenschaft, die gelebt werden kann, keine Selbstverständlichkeit. Doch wie freundlich geht die Landeshauptstadt mit ihren Familien um? Seit mehr als zwei Jahren trägt Potsdam den Titel, kinder- und familienfreundlich zu sein. Der Familienatlas 2007 verglich die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Wohnsituation und das Wohnumfeld, die Bildung und Ausbildung, die Freizeit- und Kulturangebote sowie die demografischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen von insgesamt 439 Land- und Stadtkreisen. Im Ergebnis des Rankings wurde die Landeshauptstadt Potsdam als Deutschlands familienfreundlichste Stadt ermittelt. Zugleich enthielten einzelne Studienergebnisse aber auch Hinweise darauf, was in Potsdamer noch zu verbessern ist. Doch Potsdam kann sich auf diesem Titel nicht ausruhen. Durch die Nähe zu Berlin und die damit einhergehenden Chancen für junge Menschen im erlernten Beruf auch tätig sein zu können, ist Potsdam als Wohn- und Lebensort beliebt. Aber wo fängt Freundlichkeit an, wo hört sie auf? Vielleicht am Morgen, wenn mir Frau Lehmann im Treppenhaus mit dem kleinen Marcus auf dem Arm begegnet und ich ihr die Tür aufhalte. Oder wenn sie fragt, ob ich mal eben noch einen Kirschsafte im Hause habe, da Klein-Marcus fiebrig im Bett liegt und sie von ihrer Oma weiß, dass Kirschsafte hilfreich sein kann. Es sind die kleinen Dinge, die jeder von uns tun kann.

Für die großen Dinge, wie die Bereitstellung von ausreichend Kita-Plätzen, ausreichend Geld für Bildung oder die Einheit von Arbeits- und Kitaplatz ist Politik zuständig. Und da hapert es in



## „Guten Morgen, Frau Nachbarin“

Potsdam noch an einigen Stellen. Denken wir nur an den zähen Kampf um eine gemeinsame Bedarfserfassung von Kita-, Schul- und Hortplätzen. Voraussetzung um zu wissen, wie viele Kitas, Schulen und Horte noch gebraucht werden, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie überhaupt zu ermöglichen. Oder das kostenlose Mittagessen. Noch immer ist die Verwaltung nicht bereit, all den Familien entlastend unter die Arme zu greifen, die sich ein Mittagessen

für ihr Kind einfach nicht leisten können. Kostenloses Schulessen für sozial benachteiligte Kinder: ein Reizthema für den Oberbürgermeister, das wir ihm auch im Jahr 2010 nicht ersparen wollen und können. Eine Spirelli-Bande oder eine Arche dürfen kein Allheilmittel für diese Kinder sein, trotzdem sind wir dankbar, dass sie sich dieser Aufgabe annehmen.

2010 haben wir in Potsdam das Jahr der Familie. Auftrag und Anlass, sich der Familienfreund-

lichkeit verstärkt zu widmen. Nicht nur durch ein großes Veranstaltungsangebot für Familien, sondern auch durch Entlastungen wie z. B. ein einfaches Kita-Informationssystem oder familienfreundliche Angebote im ÖPNV.

Und wenn ich weiß, dass „Frau Nachbarin“ solche Möglichkeiten in Anspruch nehmen kann, weiß ich, dass meine morgendliche Freundlichkeit sie den Tag über begleiten wird.

Jana Schulze

## Potsdam 2010 – Jahr der Familie

Potsdam zählt zu den wenigen Kommunen in der Bundesrepublik, deren Bevölkerung wächst. Bis zum Jahr 2020 werden voraussichtlich ca. 16.000 Menschen mehr in Potsdam leben als heute. Da die Zukunftsfähigkeit von Städten und Gemeinden wesentlich davon abhängt, ob Familien ein gutes und lebenswertes Umfeld geboten wird, wirbt Potsdam mit seinem Themenjahr „Stadt der Familie“ als lohnenswerten Standortfaktor.

Es gibt bereits viele Menschen, die an der Umsetzung der von der Stadtverwaltung Potsdam vorgeschlagenen Maßnahmen mitwirken und sich darüber hinaus mit eigenen Ideen einbringen wollen. Mittlerweile haben sich drei Lokale Bündnisse für Familien gegründet, weitere sind im Aufbau.

Dem aktuellen Jahresthema widmen sich unter anderem bürgerschaftlich organisierte Stadtteil- und Kinderfeste; Tage der offenen Tür an Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen, an Kindertagesstätten und Schulen; Fachtagungen und Kongresse; Veranstaltungen, Kurse und Projekte in Bürger- und Begegnungshäusern; Sportveranstaltungen u.v.a.m.

## Meinungen, Ideen sind gefragt

DIE LINKE.Potsdam mit Umfrage zum „Jahr der Familie“ im Internet

Unsere Gesellschaft will kinderfreundlicher werden. Wir brauchen eine deutlich verbesserte Bildung in Kita und Schule, die durch individuelle Förderung für alle mehr Chancengleichheit schafft – unabhängig von der sozialen Herkunft und ethnischen Zugehörigkeit. Das allein reicht aber nicht. Entscheidend ist, dass Familie und Erwerbsarbeit besser vereinbar werden. Der „räumlich und zeitlich unbegrenzt flexible Arbeitnehmer“ nach dem neoliberalen Leitbild wirkt komplett gegen ein verantwortungsvolles, gleichberechtigtes und ausgefülltes Familienleben. Das gilt für Frauen und Männer gleichermaßen. Gerade eine verlässliche und planbare Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsleben macht den Kinderwunsch leichter realisierbar. Für die materielle und rechtliche Absicherung dieser Vereinbarkeit kann der Staat erheblich mehr tun – wie es uns Nachbarländer wie z.B. Dänemark und Schweden vormachen. Entscheidend ist jedoch auch ein Wandel der gesellschaftlich anerkannten Werte. Dringend notwendig ist eine Verbesserung der öf-

fentlichen Dienstleistungen für Kinder und Familien. Begleitend müssen die Rahmenbedingungen für gemeinnütziges privates Engagement verbessert werden, wie etwa beim Mehrgenerationen-Wohnen und anderen Formen der generationsübergreifenden gegenseitigen Hilfe.

Das ist jedoch nur mit den Bürgerinnen und Bürgern zu schaffen. Deshalb wollen wir 2010 im „Jahr der Familie“ von Ihnen wissen, wie Sie sich eine familienfreundliche Stadt vorstellen. Was bietet Potsdam für Familien, was gefällt Ihnen ganz konkret in Ihrem Umfeld und was geht noch besser? DIE LINKE.Potsdam ist gespannt auf Ihre Meinungen! Wir sammeln Ihre Anregungen bis Ende Mai und werden gute Vorschläge in die kommunale Arbeit der Stadt einbringen.

Die Umfragen finden Sie unter: <http://www.dielinke-potsdam.de/partei/umfrage/>

Sascha Krämer

Mitglied des Kreisvorstandes der Partei

DIE LINKE.Potsdam



## „Zu kleine ‚Beifallspausen‘“

**April 1930**

„Es erweist sich“, so schrieb der Filmkurier vom 02. April 1930, „dass die vorausschauend bei besonders guten Stellen des Films eingesetzten ‚Beifallspausen‘, in denen der Film stumm weiterläuft, zu klein sind. Das Klatschen donnert in die nächsten Szenen über und wird wegen

der Notwendigkeit des Zuhörens gewaltsam abgewürgt...“ Der Film, der tags zuvor seine Weltpremiere erlebte, war der in den Babelsberger Ufa-Studios entstandene „Der blaue Engel“. Josef von Sternberg hatte die Schauspieler Emil Jannings und Marlene Dietrich von seinem Regie-

stuhl aus so hervorragend in Szene gesetzt, dass ein Welterfolg nicht ausbleiben konnte.

Marlene Dietrich, die bis dato kaum bekannt war, erlebte ihren großen Durchbruch. Doch noch am Premierentag verließ sie Berlin, um in den USA ihr Glück zu suchen – und zu finden. Werben-

den Angeboten eines Joseph Goebbels, in das NSDAP-Reich zu kommen, lehnte sie strikt ab. Im Gegenteil. Sie bekämpfte mit ihren Mitteln die Nazis, indem sie während des Zweiten Weltkriegs bei der US-amerikanischen Truppenbetreuung tätig wurde.

-rt

## Mutiger Einsatz gegen den Krieg

**April 1945**

Wenige Tage, bevor in Potsdam der Krieg zu Ende ging, beseitigten am 24. April 1945 Kommunisten aus Babelsberg Panzersperren in Drewitz und Güterfelde. Aus den Erinnerungen von Elfriede Schneemann:

„...Wie überall, so zitterten und bangten auch in Potsdam-Babelsberg die Menschen um ihr Schicksal. Die Front rollte und grollte aus der Ferne heran, als wenn ein riesiges Gewitter aufzog. Die faschistische Kriegsmaschine barst unter den Schlägen der Roten Armee. [...] In panischer Angst flohen alte Leute, die Mütter mit ihren Kindern auf das Bornstedter Feld und weiter, um neuen Luftangriffen und einem schrecklichen Ende zu entgehen. Der letzte Rest an Glauben an die großsprecherischen Tiraden der Nazigrößen erlosch. Zurück

blieb müde Leere in den Köpfen der Menschen. Es gab für sie nur die Vorstellung eines grässlichen Untergangs. Viele nahmen sich das Leben.

Inmitten dieser Tausenden völlig ratloser, vom Entsetzen gemarterter Menschen gab es ein paar mutige, entschlossene Kommunisten. In diesen Tagen klebten sie selbst gefertigte Flugblätter an die Häuserwände in Potsdam und Babelsberg. Schonungslos prangerten sie die Schuldigen des Grauens und Elends an und riefen auf, Schluss zu machen mit dem nutzlosen Widerstand gegen die siegreiche Rote Armee. „Kein Handschlag mehr für die faschistischen Machthaber!“ [...]

Wir waren nur wenige [...] mein Bruder Alfred Lehnert, Ali Preuß, Manne Waldheim, Hein-

rich Eichler und der 16-jährige Carli Vogel [...]

Laut Befehl der Nazis sollte auch Babelsberg „hinter jedem Baum, Strauch und Stein bis zum Letzten verteidigt werden“. Das war die Taktik der verbrannten Erde. Vom Bahnhof Drewitz bis nach Güterfelde waren Panzersperren errichtet, die mit Abteilungen des Volkssturms besetzt waren. Die alten Männer und die jungen Burschen waren auserseren, den „Heldentod“ zu finden. Das Schicksal Babelsbergs schien besiegelt. [...]

In meiner Wohnung wurde ein Plan ausgearbeitet und bis in alle Einzelheiten besprochen. In der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch, dem 23. und 24. April, zogen die Genossen unter Alfreds Führung los. Sie hatten sich Waffen beschafft und um-

gehängt. Die Dunkelheit kam ihnen sehr zustatten. Beim Bahnhof Drewitz angelangt, schmetterte Alfred, den preußischen Kommandoton nachahmend: „Die Volksstürmer zum Abmarsch in Richtung Wannsee!“ Er berief sich auf allerhöchsten Befehl des Kommandeurs des Babelsberger Volkssturms, des Gärtnereibesetzers Schneider. Es klappte. Der Volkssturm zog ab. Die Genossen gingen an die Arbeit. Sie beseitigten die Sperre. Dem Volkssturm drohte in Wannsee kein Kampf. Dort konnten sie sich verkrümmeln.

Dieser erste Erfolg stärkte den Genossen das Vertrauen zu ihrem Unternehmen. Sperre auf Sperre folgte in der gleichen Weise. Es war eine Heidenarbeit...“

## Unser Vorgänger, der „Potsdamer Linke Bote“

**April 1990**

Noch bezeichneten sich die heute sogenannten neuen Bundesländer mit den drei Buchstaben DDR, da hatte der Kreisverband Potsdam der PDS die dringliche

Notwendigkeit erkannt, die Informationsfähigkeit zu verbessern. Am 03. April 1990 erschien folgerichtig erstmals der „Potsdamer Linke Boten“ als Infor-

mationsblatt. Die erste Ausgabe erschien in einer Auflage von 500 Exemplaren für die Kreise Potsdam-Stadt und -Land. Heute erscheinen „Potsdams andere

Seiten“ in einer monatlichen Auflage von 5.000 Exemplaren für die Stadt Potsdam!

## Märztreffen im Seniorenklub

Die Sitzgelegenheiten reichten kaum aus am 9. März in der Alleestraße. Was lockte Anfang März so viele Interessierte zu der Veranstaltung des Seniorenklubs? Das Arbeitsthema lautete: „Parteiarchiv – Fundgrube für die Tagespolitik“. Archivarbeit ist doch eigentlich eine recht trockene Angelegenheit könnte man sagen. Doch die Verantwortliche für diese Tätigkeit im Haus der LINKEN, Gerlinde Grahn, hatte das Thema so interessant aufbereitet, dass die Besucher es gar nicht trocken empfanden. Eine Ursache dafür war auch, dass der Laie, dem das Archivwesen in seinen Umfängen und seiner Wichtigkeit unbekannt ist, weil er selten einen Anlass hat, sich in einer solchen Materialsammlung umzusehen, bei dieser Klubveranstaltung nicht nur

ihm Neues zu hören bekam, sondern auch einen visuellen Einblick in die Arbeit des Archivars erhielt, denn es war zu diesem Thema eine sehr informative Ausstellung von der Archivarin gestaltet worden.

Archivararbeit befasst sich ja weniger mit dem Gegenwärtigen, sondern hält, wie schon erwähnt, dokumentarisches Material fest, bewahrt es auf, schützt Wichtiges vor dem Vergessen. In den Kellerräumen der Alleestraße 3 befinden sich das Archiv des Landes- und das des Kreisvorstandes.

Worüber kann man sich in unserem Archiv informieren? Da findet man zum Beispiel alle Materialien der Landes- und Kreisparteitage, der Arbeitsgemeinschaften bis zur Kommunistischen Plattform, der Schiedskommission, bis

zur Sammlung von Plakaten und Exemplaren der sogenannten Kleinen Zeitungen, die in den Kreisen und von Parteigruppen herausgegeben wurden, Fotos von Parteiveranstaltungen und viel mehr Aufbewahrungswertes.

So ist die Dokumentation über die Gründung der Arbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik durch Rolf Kutzmutz am 14. Mai 1991 nicht nur ein wichtiges Zeitdokument. Es ist auch eine wertvolle Auffrischung der Erinnerung für uns Senioren. Schon vergessen war, dass sich für eine kurze Zeit, bis September '91, die Arbeitsgemeinschaft Veteranen-AG nannte. Zum 14. Juni 1991 organisierte die neu gegründete, also noch recht junge, Arbeitsgemeinschaft Senioren dann schon das erste große Treffen unter dem Thema „Preußen in

Deutschland und die PDS“. Am 26. September 1995 konnte die AG ein erstes Jubiläum begehen, indem sie zu ihrer einhundertsten Veranstaltung einlud, und demnächst, das ist noch kein Archivmaterial, das 200. Treffen der AG im Klub stattfinden wird. Eine erfolgreiche Arbeit wird auch der Reisegruppe der AG Senioren bezeugt: In den ersten acht Monaten ihres Bestehens organisierte sie 15 Ein- und Mehrtagesreisen, an denen 800 Senioren teilnahmen. Reisen in die französische Partnerstadt von Potsdam und zu „Unserem Hotel“ in Elgersburg bleiben unvergesslich. Sehr gut besucht waren auch die Beratungen der Arbeitsgruppe Soziales, bei denen Ratsuchende viele wertvolle Hinweise zur Rente und zu Rentenanträgen bekamen.

Für mich persönlich, weil ich dort jahrelang mitgearbeitet habe, war die in der Ausstellung dokumentierte Entwicklung der Potsdamer Parteizeitung, vom „Informationsblatt“, über den „Linken Boten“ bis zu „Potsdams andere Seiten“ mit Erinnerungen und Erlebnissen verknüpft.

Was hörte und sah man noch? Dass die erste Maifeier der PDS schon 1990 noch auf dem „Kreml“ stattfand, über Veranstaltungen zum Frauentag, als diese von Politikern mit Ausnahme der Linken als sozialistische Aktionen verpöht wurden, von Sommerfesten im Strandbad Babelsberg, Sommergärten und anderem. Geschehenes gegenwärtig zu sehen gibt wiederum Kraft zur Lösung neuer Aufgaben.

Karl Kreutz

## Neubau für Weiße Flotte

Die Irrungen und Wirrungen und die Kämpfe um einen Neubau für die Weiße Flotte könnten nach langem Drängen ein gutes Ende finden. Bereits 2007 teilte die Verwaltung in einer Beschlussvorlage zur Änderung der Sanierungsziele mit, dass die Weiße Flotte an ihrem Hafengebäude einen festen Bau an Stelle des Palmenzeltes errichten will und dass dazu die Sanierungsziele für die Potsdamer Mitte zu ändern sind. Die entsprechende Vorlage ließ jedoch auf sich warten. Es gab auf Nachfrage verschiedene Zwischenmeldungen, aber kein Ergebnis. Dann wurden aufwendige Untersuchungen in Auftrag gegeben und endlich im September 2009 zu einem Ergebnis geführt. Als Kompromiss zwischen dem unmittelbaren Interesse der Weißen Flotte an dem Ersatz des Palmenzeltes durch einen Festbau an gleicher Stelle und der insbesondere von den Grünen vertretenen Auffassung, den Neubau möglichst unauffällig am Bahndamm zu platzieren, sollte zwischen dem Neptunbecken und dem Anlegesteg gebaut werden. Diese Variante wurde sowohl von den LINKEN als auch von der SPD akzeptiert. Im Dezember 2009 teilte jedoch der neue Baubeigeordnete den Vertretern der Weißen Flotte in einem Gespräch mit, dass die Konsensvariante nicht realisierbar sei. Damit war die Diskussion faktisch wieder am Ausgangspunkt angelangt. Das führte zu energischem Protest, der den Oberbürgermeister veranlasste, die Angelegenheit zur Chefsache zu machen, was allerdings ohne erkennbare Wirkung blieb. Mit einem von SPD und CDU unterstützten Antrag der Linksfraktion in der Märzsession der Stadtverordnetenversammlung erhielt der Oberbürgermeister den Auftrag, bis zum Mai zu prüfen, ob das neue Gebäude am Hafengebäude angebaut oder neben dem Neptunbecken platziert werden soll. Bis zur Sommerpause wollen die Stadtverordneten eine abschließende Entscheidung treffen.

*Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg*



## Der Winter ist vorbei – die Sorgen bleiben

Der Winter hat wirklich stattgefunden – es war kalt und es lag Schnee. Letzterer sehr zur Freude vieler Kinder, aktiver Wintersportler oder auch jener, die seit Jahren Wintersportgeräte im Keller haben einstauben sehen und jetzt eine Chance hatten, alles wieder hervorzukramen.

Natürlich – wo Licht ist, ist auch Schatten – oder, wie der Volksmund sagt: des einen Freud, des anderen Leid.

Jetzt, wo der Schnee getaut ist, kommt zum Vorschein, was er alles bedeckt hat. Wer säubern muss, säubert vom reichlich ausgebrachten Granulat oder anderem Streugut und (!) vom Unrat, der dem Auge bisher verborgen blieb.

Und Neues entdeckt das Auge des Bürgers, und spürt es, ganz gleich, ob er zu Fuß, mit dem Fahrrad oder mit dem Auto unterwegs ist.

Risse und Löcher haben sich aufgetan, manche wachsen, wie sie es gemeinhin nur in Strümpfen oder Sparsäckchen zu tun pflegen, täglich.

500 T EURO wollte die Stadt ursprünglich einsetzen, um den Straßen- und Wegezustand zu

verbessern. Anfang Februar 2010 beliefen sich die Schätzungen auf 570 T EURO, die notwendig wären, um den eigentlich zu verbessernden Zustand überhaupt wieder zu erreichen.

Nun könnten es ca. 1,5 Millionen EURO werden, und die Warnschilder, die darauf hinweisen, dass zeitweilige Einengungen von Fahrspuren oder deren Sperrung notwendig ist, um zu reparieren, werden Bürger und Gäste der Stadt länger an den Winter erinnern, als uns lieb sein kann.

In der Stadtverordnetenversammlung gibt es denn auch gleich drei Anträge, die sich mit diesem Thema befassen. Unsere Fraktion fordert eine Übersicht über die angefallenen Schäden und die Erstellung eines Sofortprogramms, um zügig begehbare und befahrbare Wege und Straßen zu schaffen; die SPD-Fraktion möchte gern wissen, wieviel das Ganze die Stadt kosten und wie es in den Haushalt eingeordnet wird. Bescheidener nimmt sich der Antrag der CDU-Fraktion aus, der sich auf zu beseitigende Schäden in der Breiten Straße konzentriert. Welcher Grund auch immer dahinter

stecken möge – das wird nicht gerade Jubel auslösen in den Bereichen, in denen das Umfahren von Schlaglöchern die Geschicklichkeit eines Fahrers auf der Go-Kart-Rennbahn erfordert.

Die Vernunft der meisten Stadtverordneten wird gewährleisten, dass es einen Haushaltitel geben wird, der die Stadt in ihrer Gesamtheit erfasst. Schon jetzt lässt sich mit Sicherheit sagen: Es war ein teurer Winter.

Übrigens: Manch einem ist der Witz aus vergangener Zeit, der von den 4 Hauptfeinden des Sozialismus, im Halse steckengeblieben, wenn er im Januar Streugut kaufen wollte, um seinen Verpflichtungen als Anlieger nachzukommen. Spielkastensand war ein alternatives Angebot in Baumärkten, oder auch Spezialsalz für Geschirrspüler, bei dem Werbung mit dem Hinweis gemacht wurde: auch als Streusalz geeignet.

Sollte sich der Winter jetzt auch als Hauptfeind der kapitalistisch-marktwirtschaftlichen Gesellschaft erweisen?

*Rolf Kutzmutz,  
Vorsitzender  
Bauausschuss der SVV*

Gestern: Als im April 2008 die Türen des Spartacus und des S13 in der Schloßstr. schließen mussten, begann für die betroffenen Jugendlichen eine lange Suche nach Ersatz. Viele Alternativen wurden entwickelt, in

unzählige städtische Gremien getragen und dort diskutiert. Ein langer Prozess, der oft als aussichtslos und unverstanden empfunden wurde – die jungen Akteure aber ließen sich nie entmutigen und suchten stets einen neuen Weg. Dieser hieß bald „freiLand“: Damit wäre nicht nur der nötige Ersatzraum geschaffen, sondern auch der bitter benötigte Platz für andere Projekte und junge Bands.

Heute: Ein ausdauernder Schulterschluss unterschiedlicher Akteure und vielfältiger Initiativen konnte im März 2010 die fast 2-jährige Suche beenden. Die überwältigende Mehrheit der Stadtverordneten stimmte für „freiLand“. Eine transparente Vergabe an einen Träger harrt nun ihrer Umsetzung, die zwei wesentliche Punkte berücksichtigen wollte: Zum Ersten die Fähigkeit des Trägers, die Bedürfnisse der Nutzer/innen zu kennen und sich sicher in

der Potsdamer Jugend-Sozio-Kultur zu bewegen. Und zum Zweiten die maßgebliche Beteiligung der Nutzer/innen an dessen Auswahl, um Ablehnung zu vermeiden und ein erfolgreiches Zusammenwirken sicherzustellen.

Ein Ignorieren dieser Punkte wird die Beteiligung der Jugendlichen ad absurdum führen und so das Projekt zum Scheitern verurteilen.

Morgen: In 3 Jahren wird festgestellt, ob „freiLand“ erfolgreich war. Es ist zu hoffen, dass dabei Beteiligung und Selbstbestimmung der Jugendlichen eine ebenso wichtige Rolle spielen wie das Betriebswirtschaftliche. Auch verbleibt die Frage der künftigen Kommunikationen zwischen Akteuren und „Entscheidern“. Hat die hinter uns liegende Zeit doch deutlich gezeigt, wie missverständlich und zeitraubend solch ein Prozess sein kann. Die Diskussion um „freiLand“ hat in dieser Hinsicht bereits „NeuLand“ betreten, und es bleibt abzuwarten, ob die Beteiligten es mit genug Mut, Ehrlichkeit und gegenseitigem Verständnis schaffen, diesen Weg weiter zu beschreiten.

*Kay Kärsten*

### Mit „freiLand“ ins „NeuLand“

## Entstehungsgeschichte Waldstadt II

Die Waldstadt II wurde als Gebiet des komplexen Wohnungsbaus in industrieller Plattenbauweise unter dem Leitbild „Wohnen in und am Wald“ in den Wald hineingebaut. Der hohe Baumbestand, der während der Bauphase der Siedlung weitgehend erhalten blieb, und die unmittelbare Nähe zum Waldgebiet Ravensberge haben der Waldstadt ihren Namen gegeben.

Die großzügige Planung von 1977 sah neben der Bebauung mit fünfgeschossigen Wohnblocks und vier Punkthochhäusern auch die dazugehörigen infrastrukturellen Einrichtungen vor.

Darauf aufbauend ist im zentralen Bereich des Wohngebiets das Waldstadtcenter, mit einem umfangreichen Gewerbe- und Dienstleistungsangebot entstanden. Durch die mit dem Waldstadtcenter und anderen Gewerbeeinrichtungen entlang der Heinrich-Mann-Allee verbundenen Arbeitsplätze unterscheidet sich die Waldstadt vom reinen Wohnquartierscharakter anderer Neubaugebiete.

# „Bedarfe“ an Stellplätzen sollen ermittelt werden

Das Auto ist (oder war?) unser liebstes Kind, und wenn wir es nicht gerade zum rollen brachten, wollten nicht nur wir, sondern auch der Gesetzgeber es geordnet abgestellt wissen. Sowohl in der Altbundesrepublik als auch damals in der DDR waren deshalb Planungsregeln für das Abstellen von Fahrzeugen erlassen worden.

Nun erleben wir weltweit die Auswirkungen des seit Jahrzehnten ungebremsten Wachstums des motorisierten Individualverkehrs auf die natürlichen Ressourcen, auf unsere Gesundheit, auf die kulturellen Werte unserer Stadträume. Auf der Suche nach Lösungen zur Bändigung der bisher ungebremsten entwickelnden Individualmotorisierung sind ganz neue Denkansätze geprobt und auch zum Erfolg geführt worden: so z. B. die Abschaffung der Verpflichtung zur Schaffung von Kfz-Stellplätzen für bauliche Anlagen und deren Nutzungen.

Das Land Berlin hat schon mit seiner in den 1990er Jahren vorgenommenen Novellierung der Berliner Bauordnung die Nachweispflicht zur Errichtung von Stellplätzen gänzlich abgeschafft, wobei stadtentwicklungspolitische und verkehrspolitische Gedanken erst später eine Rolle gespielt haben. Zunächst sei die Abschaffung mit der Vereinfachung des Baugenehmigungsverfahrens begründet worden. Im Land Brandenburg erfolgte dieses mit der Novellierung der Bauordnung 2004. Allerdings ist es den Gemeinden freigestellt, örtliche Bauvorschriften über notwendige Stellplätze zu erlassen.

Die Erforderlichkeiten für den Erlass einer solchen Satzung sind jedoch vielfältig, so auch im Hinblick auf die städtisch sowie auf die ländlich geprägten Siedlungsräume. Während sich im städtebaulich ganz anders strukturierten Berlin die Abschaffung der Stellplatzpflicht, einhergehend mit einer Parkraumbewirtschaftung in den dichten und zentralen Stadtbereichen, weitgehend bewährt hat, sind die wenigen Groß- sowie die vielen Mittel- und Kleinstädte als auch die Gemeinden im Land Brandenburg sehr unterschiedliche

Wege gegangen. Letztere wie auch die kleineren Städte sehen keinen Bedarf für den Erlass von Stellplatzsätzen. Dagegen orientiert sich die Landeshauptstadt Potsdam, als eine Großstadt, mit ihrer neu geschaffenen Stellplatzsatzung sehr stark an den zuvor geltenden bauordnungsrechtlichen Vorschriften. Dies resultiert sicherlich auch aus den überbordenden Entwicklungen der 1990er Jahre mit

Stadtgeneration heran, für die Lebensqualität nicht zuallererst mit dem eigenen Auto verbunden wird, sei es als Statussymbol oder auch nur als Transportmittel. Im Vordergrund stehen solche Ansprüche wie städtische Dichte mit hoher Wohn- und Aufenthaltsqualität sowie eine attraktive Mobilität mit umweltfreundlichen Verkehrsmitteln. Für die Generation, die mit den neuen Kommunikationsformen

von der Beibehaltung der Stellplatzsatzung über deren Reduzierung auf Einzelgebiete oder nur auf Fahrradstellplätze bis hin zur vollständigen Aufhebung erstreckten. Um die Widersprüchlichkeit des derzeitigen Potsdamer Wohnungsbaubedarfs zur Stellplatzsatzung zu veranschaulichen, hatte die Verwaltung Unternehmen der Potsdamer Wohnungswirtschaft eingeladen. Sowohl die Firma Sesselhaack, die Wohnungsbaugenossenschaft 1903 als auch die Wohnungsgenossenschaft „Karl Marx“ sprachen sich am Beispiel ihrer Bauvorhaben in der Teltower Vorstadt und in der Waldstadt für eine Aufhebung der Satzung aus.

Nach ihren Erfahrungen behindere die Forderung des Nachweises von PKW-Stellplätzen die eigenen Projekte, so dass diese zurückgestellt würden, da u. a. deren Wirtschaftlichkeit infrage gestellt sei. Auch würde dies der Schaffung preiswerten Wohnraumes zuwiderlaufen, insbesondere dann, wenn die Stellplätze in Tiefgaragen untergebracht werden müssen. Aufgrund der Alters- und Bewohnerstruktur sei die Nachfrage nach Stellplätzen geringer als die Bauverpflichtung der Satzung. Beim Bauen im Bestand, z. B. Dachgeschossausbau, sind häufig keine Flächen vorhanden, um den Stellplatzforderungen der Satzung nachzukommen.

Während die Verwaltung dem Antrag der Antragsteller sehr aufgeschlossen gegenübersteht, konnte sich die Mehrheit der Ausschussmitglieder nicht mit der völligen Aufhebung der Satzung identifizieren. Im Ergebnis der Diskussionen wurde der Antrag dahingehend geändert, dass die Stellplatzsatzung mit dem Ziel einer größeren Passgenauigkeit auf tatsächliche Bedarfe zu überarbeiten sei.

Den hiermit eröffneten stadtentwicklungs- und verkehrspolitischen Diskurs greift DIE LINKE in Potsdam auf und wird ihn auch in „Potsdams andere Seiten“ führen. Also: Schreiben Sie uns Ihre Meinung.

*Steffen Pfrogner,  
sachkundiger Einwohner  
im Ausschuss für  
Stadtplanung und Bauen*



Die etwas andere  
Möglichkeit...

ihren starken Renditeerwartungen in der Immobilienbranche. Da war es legitim, diesem Druck eindeutig Grenzen zu setzen, um nicht Gefahr zu laufen, den städtebaulichen Raum einer unkontrollierten Eroberung durch den ruhenden Verkehr auszusetzen.

Heute zeichnet sich mit der Zuwendung auf die Innenstädte eine neue Entwicklung ab. Während noch im letzten Jahrzehnt der Run auf das Häuschen im Grünen unvermindert anhielt, beobachten wir zunehmend die Rückkehr in die Stadt. Auch wird die Zahl seiner älter werdenden Bewohner, die den Anspruch auf das eigene Auto längst abgelegt haben, immer größer. Daneben wächst insbesondere im Metropolenraum Berlin mit seinen vielfältigen und vernetzten Nahverkehrsangeboten eine junge

aufwächst, sich aufgeschlossen den Problemen von morgen widmet oder sich diesen zwangsweise stellen muss, besteht Mobilität heute nicht vordergründig in der Individualmotorisierung, sondern in einem gut funktionierenden Stadtorganismus mit einem qualitativ hochwertigen und vernetzten sozialen, kulturellen und kommerziellen Dienstleistungsangebot.

Aus diesen, aber auch aus ganz anderen, Gesichtspunkten heraus haben zwei Fraktionen in die Stadtverordnetenversammlung Potsdams einen Antrag zur Abschaffung der Stellplatzsatzung eingebracht, dessen Behandlung im Ausschuss für Stadtplanung und Bauordnung kontrovers geführt wurde.

Für die Diskussion hatte die Stadtverwaltung Pro- und Kontrastzenarien erarbeitet, die sich



*In der Gartenstadt „Am Brunnen“ gibt's keine Möglichkeiten mehr, weitere Plätze einzurichten.*

## Probleme mit der Satzung in der Teltower Vorstadt

Die Wohnungsbaugenossenschaft 1903 Potsdam eG verwaltet in ihrem Bestand ca. 1600 Wohnungen einschl. Gewerbeeinheiten. Überwiegend erstreckt sich der Bestand in der Brandenburger Vorstadt, Nauener Vorstadt und Teltower Vorstadt. Etwa 90 % unserer Häuser befinden sich unter Denkmalschutz bzw. im denkmalgeschützten Bereich.

Viele davon grenzen an Grünanlagen und bieten Mietergärten sowie großzügig gestaltete Innenhöfe. Im Bestand befinden sich weiterhin: 81 Garagen, 165 Pachtgaragen und 273 Pkw-Stellplätze.

Wir haben uns nie gegen die vorhandene Stellplatzsatzung gestellt, im Gegenteil, wo es uns als erforderlich erschien, auch nach Beratungen mit unseren Bewohnern, haben wir Stellplätze errichtet.

In der Siedlung „Am Brunnen“, oft auch als Gartensiedlung bezeichnet, ist es leider fast unmöglich, Stellplätze gemäß Satzung zu errichten. Wie bereits in der Ausschusssitzung am 23.02.2010 von mir erläutert wurde, könnte die WBG 1903 in der Teltower Vorstadt ca. 50 Dachgeschosswohnungen errichten. Mit der vorhandenen Stellplatzsatzung ist dies im Wohngebiet der Teltower Vorstadt jedoch nicht zu realisieren, so dass sich die WBG 1903 auf die Sanierung ihres vorhandenen Bestandes orientieren muss.

*Johann Grulich, Vorstand WBG 1903 eG*

## Neues aus der Siedlung Eigenheim

Die sich im Vorjahr zusammengefundene Interessengemeinschaft „Siedlung Eigenheim“ engagiert sich auch in diesem Jahr dafür, durch verschiedene Höhepunkte den Gemeinsinn in der Siedlung zu fördern. So soll am 17. April auf dem Spielplatz Heidereiterweg/Ravensbergweg ein Pflanzentauschbasar durchgeführt werden und am 3. Juli wieder ein Sommerfest auf dem Schulhof der Internationalen

Grundschule stattfinden. Aktuell wird per Antrag der Fraktion DIE LINKE in der SVV angestrebt, die Verkehrssituation im oberen Teil des Ravensbergweges zu entwirren.

Die Straßen der Eigenheimsiedlung werden morgens und nachmittags durch den Autoverkehr zur Internationalen Grundschule (mit Kita und Vorschule) zum derzeit dort untergebrachten Kindergarten Plan-

tagenhaus und durch die per Bus transportierten Hortkinder der Waldstadtgrundschule sehr stark frequentiert. Der Anwohnerverkehr, speziell der der mittelständischen Unternehmen, wird dadurch stark behindert. Proteste der Bewohner und Gespräche mit dem Ordnungsamt verliefen bisher erfolglos, so dass eine einvernehmliche Lösung des Problems dringend nötig ist. Es wird vorgeschlagen, in der

Straße „Vogelsang“ ein einseitiges Parkverbot auszusprechen und den letzten Abschnitt des Ravensbergweges nur für Anlieger freizugeben. Diese Antragsvariante wurde mit den Beteiligten diskutiert, ist also Ausdruck eines gewachsenen Bürgerengagements im Kiez. Hoffen wir, dass die Stadtverordnetenversammlung das auch so sieht und dem Anliegen zustimmt!

*Hella Drohla*



## Nachbarschaft und Älterwerden am Schlaatz

Im Februar 2010 waren Studierende des Fachbereichs „Sozialwesen“ der Fachhochschule Potsdam (Foto) im Rahmen des Projekts „Gut Leben im (HOHEN) Alter“ im Schlaatz unterwegs und klin-

gelten an vielen Türen. Ihr Anliegen war es, mit den Bewohnerinnen und Bewohnern ins Gespräch zu kommen und zu erfahren, was den Menschen am Schlaatz gefällt, was sie vermissen, wie

Nachbarschaft hier gelebt wird und wie das Älterwerden am Schlaatz aussieht – oder aussehen sollte.

**Die Erkenntnisse aus der Befragung wird das Projektteam am 6. April um**

**17.00 Uhr im Haus der Generationen und Kulturen vorstellen und über die Hintergründe und Ziele des Projekts „Gut Leben im (HOHEN) Alter“ berichten.**

### Senioren-Theater sucht Mitstreiter

Wer schon immer einmal Lust hatte, sein schauspielerisches Talent zu erproben oder einfach ein kreatives Hobby sucht, dert hat jetzt die Gelegenheit, bei einem neuen Projekt von Anfang an dabei zu sein: Im Milanhorst wird eine Theatergruppe für Senioren gegründet.

Mit einfachen Übungen und viel Spaß sollen die Grundlagen des Theaters vermittelt und in der gemeinsamen Arbeit Szenen entwickelt und zu einer Collage verbunden werden. Angedacht ist, die Theatergruppe als Kurs mit regelmäßigen Treffen in den Vormittagsstunden zu organisieren. Für die Teilnahme sind keine Vorkenntnisse erforderlich, es genügt ein wenig Lust darauf, einmal ein wenig Theateratmosphäre zu erleben.

Wenn Sie Interesse haben mehr zu erfahren, freut sich die Theaterpädagogin Sabine Mohr über einen Anruf, eine Mail oder einen persönlichen Kontakt im Haus der Generationen und Kulturen. Und noch eine wichtige Information sei erwähnt: Der Kurs ist natürlich kostenlos.

Ansprechpartner: Sabine Mohr  
Tel.: 0331-297 25 27  
E-Mail: sabine-mohr@freenet.de

## Nahversorgung am Schilfhof sichern

Eigentlich war alles klar mit der neuen kleineren Kaufhalle, die die Nahversorgung am Schilfhof sichern sollte. Aber seit der Eröffnung der REWE-Kaufhalle am Horstweg ist schon wieder mehr als ein halbes Jahr vergangen, ohne dass sich etwas am Schilfhof bewegt hat. Die im September 2009 geschlossene alte Halle gammelt vor sich hin.

Zur Erinnerung: Nachdem 2005 die Pläne von REWE zur Schließung dieser alten Kaufhalle bekannt geworden waren, gab es scharfen Protest von den Anwohnern, der insbesondere von den Linken und der SPD aufgegriffen wurde. Im Ergebnis erhielt der Oberbürgermeister den Auftrag, mit REWE eine Vereinbarung zu erreichen, mit der die Nahver-

sorgung am Schilfhof gewährleistet werden sollte. Das führte dazu, dass REWE die Genehmigung für den Bau einer neuen Halle am Horstweg erhielt, sich aber im Gegenzug verpflichtete, eine etwa 400 Quadratmeter große Kaufeinrichtung am Schilfhof zu errichten. Die Regelung erfolgte in einem städtebaulichen Vertrag, den der Oberbürgermeister mit dem im Auftrag der REWE tätigen Projektentwickler abschloss. Nach Aussage des Oberbürgermeisters war damit der Auftrag der Stadtverordneten zur Sicherung der Nahversorgung am Schilfhof erfüllt. Im Kommunalwahlkampf 2008, an dem der Oberbürgermeister als Kandidat für die Stadtverordnetenversammlung im Wahlkreis Wald-

stadt/Schlaatz beteiligt war, spielte das für die Schlaatzler höchst brisante Thema deshalb gar keine Rolle. Um so schlimmer ist die mangelnde Sensibilität, um nicht zu sagen die Gleichgültigkeit, mit der dieses Thema jetzt behandelt wird. Wieder einmal wird sichtbar, dass Oberbürgermeister Jakobs kein Verständnis für die Probleme der Bürger hat und in diesem Fall eindeutige Wahlversprechen bricht. Gewiss ist es nicht einfach, einen Betreiber für eine solche Nahversorgungseinrichtung zu finden. Aber sind wirklich die notwendigen und möglichen Anstrengungen unternommen worden? Oder liegt es nicht vielmehr daran, dass solche Probleme in der Schwerpunktsetzung des Oberbürgermeisters keinen vor-

deren Platz einnehmen? Kürzlich wurde ein Antrag der LINKEN zur Bestärkung des Auftrages an den Oberbürgermeister von SPD, CDU, FDP und Grünen im Hauptausschuss abgelehnt. Danach sollten auch Gespräche mit der Pro Potsdam zur Prüfung der Übernahme dieses Vorhabens am Schilfhof geführt werden. Zudem sollte eine Ersatzversorgung z.B. im ehemaligen Frisörsalon geprüft und unterstützt werden. Das sind klare und berechtigte Anliegen der vorwiegend älteren Anwohner des Schilfhofs. DIE LINKE wird nicht lockerlassen und auch mit eigenen Vorschlägen den Oberbürgermeister weiterhin zur Einhaltung seiner Verpflichtung drängen.

*Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg*

## Herzliches Willkommen für unseren Finanzminister!

Es war am 23. Februar, einen Tag vor der Landtagsdebatte über den Haushaltsplan für 2010. Dr. Helmuth Markov, unser neuer Finanzminister, war der Einladung gefolgt, vor Mitgliedern der Basisorganisationen 50, 56 und 57 und Gästen zu sprechen.

Es war vieles, was wir von ihm hören, endlich genauer wissen wollten. Denn was uns während der ersten 100 Tage der neuen Regierungskoalition Brandenburg aus den Medien erreicht hatte, war weder sachlich, noch fair. Den auf Zermürbung zielenden Rot-rot-Kritikern war in den Medien viel Stimme verschafft wor-

den. Selten habe ich während eines politischen Vortrags so viel konzentriertes Zuhören, so viel Zustimmung oder Genugtuung verspürt wie während dieser zwei Stunden!

Dabei schienen die über 30 Teilnehmer darauf eingerichtet, dass aus dem Finanzressort vorwiegend harte Sachzwänge zur Sprache kämen. Die waren auch zu hören. Aber wie sie Markov anging, wie er sie mit Lockerheit und Disziplin gleichermaßen aus der Koalitionsvereinbarung herleitete und dabei doch in jeder Passage den Linkspolitiker spüren ließ, das war einfach überzeu-

gend, ja zwingend und Vertrauen aufbauend.

Dabei war das Verständnis, das er für den Koalitionspartner SPD zeigte und begründete, so brillant differenziert, dass es einigen Grimmgesichtern von der Opposition die Schamröte ins Gesicht hätte treiben müssen.

Aber darum ging es ihm nicht. Was er eindeutig erwartet, war, dass die Koalitionskritiker von dem neuen Kabinett nicht schon nach hundert Tagen die Erfüllung eines Fünfjahresprogramms einklagen.

Die Geduld, die zu dieser Erfüllung gehört, wird sich über

viele kleine Schritte nicht erschöpfen dürfen. Und Opposition darf sich nicht einfach als Negation verstehen! Wer ihn, der da sachlich und humorvoll zu uns sprach, nicht kannte, spürte bald den langjährigen Europa-Politiker und erfahrenen brandenburgischen Unternehmer.

Diese optimistisch stimmende Veranstaltung mit Helmuth Markov war der erste Versuch, der Strukturdebatte des Kreisvorstandes zu entsprechen und mehrere BO's eines Wahlkreises zusammenzuführen. Ein Nachmit-tag mit starkem Nachklang!

*R. Drohla*



## Voneinander lernen stärkt Integration

Verein Soziale Stadt Potsdam und ICDI starten Projekt zur Förderung der Integration

Im Haus der Generationen und Kulturen haben am 4. Februar Charity Esther Okezie vom Internationalen Center für Deutsche und Immigranten (ICDI) und Friedrich Reinsch vom Verein Soziale Stadt Potsdam ein neues „Projekt zur Unterstützung und Begleitung von Immigranten bei der Integration in die Gesellschaft“ vorgestellt.

Ziele des Projektes sind Förderung und Aufbau von Kontakten zwischen Einheimischen und Zuwanderern, Steigerung der Akzeptanz von Zuwanderern bei der einheimischen Bevölkerung, Aktivierung, Förderung und Stärkung gegenseitiger Selbsthilfe, Stärkung der Persönlichkeit und Kompetenzen der Zuwanderer, Abbau und Verhinderung der Ausgrenzung von Zuwanderern und Immigranten.

Bei dem auf drei Jahre angelegten Projekt ist vor allem die „Interkulturelle Begegnung“ ein sehr wichtiger Baustein. Zu dieser interkulturellen Begegnung gehören eine regelmäßig stattfindende Schneiderwerkstatt, bei der Einheimische und Zuwanderer unterschiedliche Schneider- und Sticotechniken erlernen können. Die Werkstatt soll den Immigranten unter anderem auf längere Sicht die Möglichkeit geben, sich selbstständig zu machen.

Weitere Standbeine des Projektes sind ein Malereiworkshop sowie der Aufbau einer afrikanisch-deutschen Musik- und Trommlergruppe. Diese Gruppe

soll zum Beispiel ihre Trommeln selber bauen.

Zum Konzept gehört auch die Gründung einer Frauen-Gruppe, in der kulturübergreifend über Ehe, Familie, Erziehung und Generationsprobleme gesprochen werden soll. Insbesondere neu angekommene Immigranten sollen dabei mit einbezogen werden, damit sie sich in ihrer neuen Heimat zurechtfinden. Gleich-

zeitig soll mit der Gruppe die gegenseitige Toleranz im Stadtteil gefördert werden.

Die interkulturelle Theater-Gruppe soll eine Möglichkeit für Migranten und Einheimische sein, sich gegenseitig die andere Kultur kennen zu lernen und ihre eigene weiter zu pflegen. Gerade für die Migranten ist es eine gute Möglichkeit zu lernen, frei vor Publikum in der deut-

schon Sprache zu sprechen. Eines der attraktivsten Angebote in diesem Projekt ist sicherlich der „Afrikanische Kochtopf“. Hier treffen sich einmal im Monat alle interessierten Immigranten und Einheimische, um gemeinsam ein typisches Gericht eines Landes zuzubereiten und dann gemeinsam zu essen. Bevor es mit dem Kochen losgeht, werden die Menschen, die Kultur und das Land, aus dem das Gericht stammt, vorgestellt. Der erste „Afrikanische Kochtopf“ fand am Sonnabend, 6. März 2010, im Haus der Generationen und Kulturen statt.

Weitere wichtige Bestandteile des Programms sind eine Integrationsforum mit interkulturellen Debatten, Symposien und Wettbewerben, Gespräche mit Mitgliedern des Brandenburger Landtages und eine spezielle Website für Immigranten und Einheimische.

Gefördert wird das auf drei Jahre angelegte Projekt vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) im Rahmen des Projektes „Vision-co-existence“, dessen Förderung vom Deutschen Bundestag beschlossen wurde. Durchgeführt werden alle Projekte im Haus der Generationen und Kulturen vom Verein Soziale Stadt Potsdam, das aufgrund seiner Lage im Stadtteil am Schlaatz, seines interkulturellen Ansatzes und wegen seiner Größe und Ausstattung der ideale Ort für dieses ambitionierte Programm ist. F. R.



Beliebt: Samowar-Abende im Milanhorst.

## Wohin mit der Sporthalle und dem Rollsportfeld?

Zukunft des Areals Heinrich-Mann-Allee / Kolonie Daheim weiter ungeklärt

Die künftige Gestaltung der etwa 5 Hektar großen Flächen zwischen Altem Friedhof, Kolonie Daheim, Stichstraße von der Kolonie abgehend mit Sportanlagen und -halle, Tennisplätzen und der Heinrich-Mann-Allee ist nach wie vor nicht klar, die sich widerstreitenden Interessen an der Nutzung des Areals haben sich nicht in Luft aufgelöst.

Mit der Verlagerung des Straßenbahndepots im Jahr 2001 liegt diese Fläche brach. Sie befindet sich im Eigentum der PRO POTSDAM.

Im September 2005 wurde der Aufstellungsbeschluss zum B-Plan 104 „Heinrich-Mann-Allee / Kolonie Daheim“ in der Stadtverordnetenversammlung gefasst.

Planungsziel, so ist es in dem Plan ausgewiesen, ist die Ent-

wicklung der Fläche zu einem attraktiven Wohn- und Dienstleistungsstandort. Reihenhäuser und kleinere Geschosswohnbauten mit stark durchgrünter Höfen sollen östlich und Dienstleistungsgebäude westlich des Areals entstehen.

Seit 2001 melden sich die Nutzer der Sportanlagen und -gelände mit ihren Sorgen zu Wort. Das Hauptproblem: Wo können künftig Rollschuhläufer, Tennisspieler, Ballspieler usw. Sport treiben?

Von Ersatzflächen für den Sport war nämlich in dem B-Plan keine Rede.

Für DIE LINKE stand von Anfang an fest: Ohne klare Zusagen, ohne verbindlichen Nachweis von Ersatzflächen und Ersatzgebäuden werden wir dem B-Plan nicht zustimmen.

Offenbar gab es aber bisher

keine klärenden Gespräche mit den dort ansässigen Sportvereinen über deren Perspektiven, wenn die PRO POTSDAM ihre Wohnungsbaupläne realisiert.

Wie ist es sonst anders zu erklären, dass im Bürgerhaushalt 2010 auf Platz 2 der Liste der Bürgerinnen und Bürger die Sanierung und Überdachung des Rollsportfeldes mit Tribünenbau gelandet ist?

Etwas anders sieht es beim Tennisclub Rot – Weiß aus: Da wurde zwar viel geredet, geklärt aber ist dessen Perspektive auch noch nicht.

Es war relativ schnell klar, dass der Club die von der PRO POTSDAM zu fordernde kostendeckende Miete nicht zahlen kann, selbst wenn der Verbleib am angestammten Standort möglich wäre.

Die Fläche des ehemaligen Betonwerkes in der Heinrich-Mann-Allee soll als Ersatz dienen, so das Angebot der Verwaltung an den Club.

Dass sich die Begeisterung der Mitglieder darüber in Grenzen hält, ist nachvollziehbar.

Von der Stadtverwaltung wurde aktuell signalisiert, dass sich nun eine andere Lösung abzeichnen würde. Wenn diese in trockenen Tüchern ist, werden wir dazu berichten.

Es ist an der Zeit, dass die PRO POTSDAM mit den Sportvereinen ins Gespräch geht, welche Vorstellungen und Möglichkeiten es geben könnte, die Sporthalle und das Rollsportfeld auf dem Areal zu erhalten.

Beides muss ja nicht unbedingt an der präsenten Straßenfront bestehen bleiben. -sm

## „Grün bewegt“ – Integration und Nachbarschaft

Der Übergang vom Integrations- und Schulgarten in das Wohngebiet ist fließend und soll im Jahr 2010 noch größer werden. Unser Ziel ist, den Bekanntheitsgrad unserer Einrichtung zu erhöhen und mit vielfältigen Angeboten den Bürgern am Schlaatz Partner zu sein. Feiern wir doch in diesem Jahr bereits unser 10-jähriges Bestehen.

Zum Jubiläum werden an verschiedenen Orten öffentliche Naschgärten entstehen, und es gibt bereits erste Gespräche mit dem Asylbewerberheim zur Entstehung eines Gemeinschafts- bzw. Begegnungsgartens. Alle haben wir schon sehr auf das Ende des Winters gewartet, um loslegen zu können.

Auf unserem traditionellen Lerchenfest am 20. März, wo wir auch den Landtagsabgeordneten Dr. Scharfenberg wie jedes Jahr begrüßen durften, wurde der Fotowettbewerb „Mein Zuhause – der Schlaatz“ gestartet.

Die Teilnahmebedingungen können Ihnen unsere Mitarbeiterinnen im Integrationsgarten gern übermitteln. Wir sind gespannt auf Ihre Schnappschüsse.

Im Mai beginnen die Feierlichkeiten zum 10. Jahrestag, und es wird regelmäßige Pflanzaktionen gemeinsam mit den Kindereinrichtungen und umliegenden Schulen geben. Eine neue Aktion

wird auch der 1. Schlaatz Suppentag am 21. August 2010 sein, der sich in Vorbereitung befindet und hoffentlich viele Schlaatzler an die Kochtöpfe ziehen wird. Wir arbeiten weiter an der Knüpfung eines „Grünen Netzwerkes“ und wollen den Schlaatz als Erlebniswelt Natur sichtbar und erlebbar mitgestalten. Ansprechpartner vor Ort sind Juliane Nitsche und Marlene Eilers-Binsau. Wir hoffen, die Schlaatzler machen von den Angeboten regen Gebrauch! Wir freuen uns schon auf Ihre Besuche und Anregungen.

Carla Villwock

## Europa-Camp

Das Fest der Freundschaft für die ganze Familie vom 13. – 16. Mai 2010 in Harachov (Mittelböhmen, CZ)

### Im Programm:

**Donnerstag:** Anreise (ab 14.00 Uhr), Musik, Tanz

**Freitag:** Besuch des Bergbaumuseums; der Gedenkstätte Antonin Dvorak – Pribram; des Denkmals der letzten Schüsse des 2. Weltkrieges – Slivice; Lagerfeuer mit Musik.

**Sonnabend:** Politbasar – Kreisverbände stellen sich vor. Foren – „Sozialismus im 21. Jahrhundert“ und „Mitregeren oder Verzicht“.

**Sonntag:** Abreise  
Anmeldung unter: sfelr.eiro-pacamp@im-osten.de

# Sozialismus mit menschlichem Antlitz

Nachtrag zum 100. Geburtstag von Robert Havemann / Von Marko Ferst

Robert Havemann ist einer der schärfsten und klügsten Systemkritiker im einstigen östlichen Lager gewesen. Er stritt für einen „Berliner Frühling“, eine grundlegende Reform der Politbürokratien. Eine zweite revolutionäre Umwälzung hin zu einem Sozialismus mit menschlichem Antlitz sei notwendig. Er forderte, der Artikel 27 der DDR-Verfassung, das Recht auf freie Meinungsäußerung, müsse endlich verwirklicht werden. Es gelang der DDR-Obrigkeit nie, ihn mundtot zu machen.

1943 vom NS-Volksgerichtshof zum Tode verurteilt, überlebte er dank günstiger Umstände. Er hatte untergetauchten Juden geholfen und mit illegal organisierten Zwangsarbeitern zusammengearbeitet, begründete die Widerstandsgruppe „Europäische Union“ mit. Später nimmt er Partei für den sozialistischen Aufbau, doch die Enthüllungen der Stalinschen Verbrechen 1956 bewirken einen Wandel. Seine Aufsehen erregende Vorlesungsreihe an der Berliner Humboldt-Universität 1963/64 führt zum Berufsverbot und zum Ausschluss aus der Partei. Eine Vielzahl von politischen Beiträgen veröffentlichte Havemann international, nachdem er in Ungna-



de gefallen war, und inspirierte die Oppositionsbewegung in der DDR. 1976 setzte man ihn für mehr als zwei Jahre unter Hausarrest. In Grünheide wurde der gesamte Straßenzug, in dem er wohnte, hermetisch abgeriegelt. Zeitweise ließen die DDR-Oberen ihn mit mehr als 200 Personen operativ bewachen. 1979 beschlagnahmten die Organe seine

Bibliothek und Arbeitsmittel. 10.000 Mark Strafe erhielt er wegen einem seiner im Westen publizierten Bände.

In seinem Buch „Morgen. Die Industriegesellschaft zum Scheideweg. Kritik und reale Utopie“ versuchte Havemann eine Bestandsaufnahme der politischen Systeme in Ost und West. Er zeigt auf, warum die Politbüro-

kratien nach sowjetischem Muster versagen mussten, und kritisiert zugleich die westlichen Plutokratien. Beide Systeme seien in ihrem Wachstumswahn nicht geeignet, die ökologische Zivilisationskrise zu meistern. So entwirft er eine Sozialutopie, die eine alternativ-ökologische Zukunftsgesellschaft präsentiert, viel Stoff für kontroverse Diskussion. Heute steht die Frage, ob der Untergang unserer Gesellschaften noch aufzuhalten ist, weit drängender auf der weltpolitischen Tagesordnung. Schon Havemann schloss nicht aus, es könnte ein Rückfall in barbarische Zustände drohen, gelingt keine zukunftsfähige, ausbeutungsfreie Ordnung.

Die Ökologische Plattform bei der LINKEN sorgte in Absprache mit Katja Havemann dafür, dass der Band „Morgen“ wieder im Buchladen erhältlich ist anlässlich seines 100. Geburtstages. Ein kurzer ökologischer Essay versucht eine aktuelle Lageeinschätzung. Dieser Band dürfte neben Rudolf Bahros „Alternative“ zu einem der interessantesten politischen Bücher gehören, die in der DDR entstanden sind. Niemand zuvor hatte dort die ökologische Zivilisationsfrage so radikal behandelt.

## Armut muss für immer der Vergangenheit angehören

Lothar Bisky, Vorsitzender DIE LINKE, zum offiziellen Auftakt des „Europäischen Jahres gegen Armut und soziale Ausgrenzung“

Es ist eine Schande, dass in der Europäischen Union 2008 mehr als ein Sechstel bzw. 17 Prozent der Bevölkerung von Armut bedroht waren. 80 Millionen Menschen leben – teilweise trotz Arbeit – unter der Armutsgrenze, und dies in einem der produktivsten Wirtschaftsräume der Welt. Sie sind damit bei Arbeit, Bildung, Wohnen, sozialen, finanziellen und kulturellen Dienstleistungen ernsthaft benachteiligt und spüren so die Folgen sozialer Ausgrenzung. Am schlimmsten ist, dass jedes 5. Kind in der EU der 27 von Armut bedroht ist. Auch in Deutschland leben über 18 Prozent der Bevölkerung in Armut. Gerade erst hat das Bundesverfassungsgericht die Regierenden aufgefordert, Kindern aus HartzIV-Familien ein würdiges Existenzminimum zuzubilligen.

Mit einem „Europäischen Jahr“ will die Europäische Union nun einen Beitrag zur Beseitigung von Armut und sozialer Ausgren-

zung leisten. Ein guter Gedanke und ein Projekt, das DIE LINKE unterstützt.

Für uns als Linke war und bleibt es immer ein Ziel, Armut und soziale Ausgrenzung und damit ihre Folgen zu beseitigen. Wir wollen eine Europäische Union ohne Ausgrenzung und Armut, ohne wachsende soziale Spaltung, eine EU, in der gut entlohnte und sozial abgesicherte Arbeit und ein Leben in Würde, wie Bildungschancen, kulturelle Teilhabe und Mobilität für alle gesichert sind.

Armut kann nur erfolgreich bekämpft werden, wenn die Ursachen beseitigt werden. Deshalb setzen wir uns für eine Gestaltung der europäischen Politik nach sozialstaatlichen Grundsätzen ein. Unsere Vorstellungen von einer Europäischen Union ohne Armut und soziale Ausgrenzung gipfelt in der Alternative einer europäischen Sozialunion. Statt einer Strategie 2020, die die Wettbewerbsfähigkeit in den Vordergrund stellt, müssen

Arbeitsplätze geschaffen und soziale Probleme gelöst werden. Die EU braucht einen Stabilitätspakt gegen Sozialdumping, der die Mitgliedstaaten zu verbindlichen Sozialausgaben verpflichtet. Die Mitgliedstaaten sollen soziale Grundsicherung, existenzsichernde Einkommen und Mindestlöhne gewährleisten, anstatt Leistungen abzubauen und die öffentliche Daseinsvorsorge den Spekulanten zu opfern.

Die Besteuerung von Unternehmensgewinnen, Zins- und Kapitalerträgen muss EU-weit harmonisiert werden, um den Steuerwettbewerb nach unten einzuschränken. DIE LINKE fordert europaweite Mindestlöhne, die mindestens 60 Prozent der jeweiligen nationalen Durchschnittslöhne betragen sollen.

Wir begrüßen, dass das federführende Bundesministerium im nationalen Strategieplan zum Europäischen Jahr die Kinderarmut in den Mittelpunkt stellt.

Wenn wir das europäische Jahr

zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung angehen, dürfen wir nicht die Augen davor verschließen, dass die Auswirkungen der globalen Krisen in erster Linie zu Lasten der Ärmsten in allen Teilen der Welt gehen. Schließlich hat das „alte Europa“ seinen Anteil an der Ausbeutung der Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas. 600 Mio. der Kinder weltweit leben in absoluter Armut, 8 Millionen sterben in den ersten Lebensjahren und 150 Millionen oder  $\frac{1}{6}$  der Kinder in Entwicklungsländern müssen mit ihrer Arbeit Unterhalt verdienen.

Seien wir aufmerksam, dass sich die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung nicht auf 2010 beschränkt, eine Alibifunktion erhält oder zu Werbekampagnen der Regierenden verkommt. Nicht die Größe von Auftakt- und Abschlussveranstaltungen dieses Jahres dürfen der Maßstab sein, sondern die konkreten Maßnahmen und vor allem deren Ergebnisse.

## Der neue Landesvorstand der LINKEN

Am 13. und 14. März wurde der neue Landesvorstand der LINKEN in Brandenburg gewählt.

Der Landesvorsitzende Thomas Nord, die Landesgeschäftsführerin Maria Strauß und der Landesschatzmeister Matthias Osterburg wurden in ihren Funktionen bestätigt. Als Stellvertretende Landesvorsitzende wurden Kirsten Tackmann und Stefan Ludwig gewählt.

Auf dem Bild oben sind von links nach rechts zu sehen: Stefan Hultsch, Daniel Förster, Andrea Johlinge, Bettina Fortunato, Thomas Nord, Maria Strauß, Matthias Osterburg, Kirsten Tackmann, Katharina Dahme, Dagmar Püschel, Andreas Bernig, Olga Schummel, Stefan Ludwig und Thomas Domres.

Außerdem wurden Ute Miething, Karin Kühl, Helmuth Markov und Sven Kindervater zu Mitgliedern des Landesvorstands gewählt. Foto unten: Genossinnen aus Potsdam.



## Vergabegesetz rasch auf den Weg gebracht

Das im Koalitionsvertrag festgeschriebene Vergabegesetz für Brandenburg rasch auf den Weg zu bringen – das hat sich Wirtschaftsminister Ralf Christoffers auf seine Fahnen geschrieben. „Wir sind derzeit dabei, ein EU-konformes Gesetz über Mindestanforderungen an öffentliche Vergaben zu erarbeiten“, sagte Christoffers Mitte Januar. Die wirtschaftlichen und rechtlichen Eckpunkte sind unterdessen fixiert. Unter der Federführung des Ministeriums für Wirtschaft und Europaangelegenheiten soll das Gesetzgebungsverfahren kurzfristig initiiert werden.

In dem Gesetz soll ein Mindestlohn für öffentliche Aufträge festgelegt werden. Ausgegangen wird dabei von einem Stundenlohn von 7,50 Euro. Sofern Tarif-

verträge einen höheren Lohn regeln, muss die tarifvertragliche Regelung im Vergabegesetz angewandt werden.

„Grundsätzliches Ziel ist unter anderem, die Differenz zwischen Haushalts- und Vergaberecht zu überwinden – und damit einen Weg zu einer verstärkten Berücksichtigung mittelständischer Unternehmen zu finden“, sagte Minister Christoffers. Das Gesetz werde für Aufträge unterhalb der EU-Schwellenwerte gelten – und das sind etwa 80 bis 85 Prozent aller öffentlichen Aufträge im Land Brandenburg.

Im Vergabegesetz werde auch die Anwendung der neuen EU-Richtlinie verankert, nach der soziale Standards in Ausschreibungen zu berücksichtigen sind, betonte Christoffers.

## Weitere Schritte auf Bundesebene zum besseren Verbraucherschutz

Es hat sich im vergangenen Jahr gezeigt, dass es einen ganz erheblichen Handlungsbedarf zur verbraucherschutzgerechten Regulierung der Finanzmärkte gibt. Das betrifft in erster Linie die Ausrichtung der Finanzaufsicht auf die Wahrnehmung der Verbraucherschutzinteressen. Das werde ein Schwerpunkt der Arbeit der Verbraucherschutzministerkonferenz (VSMK) in diesem Jahr sein, deren Vorsitz Brandenburg in diesem Jahr innehat.

Viele Bürgerinnen und Bürger haben in den vergangenen anderthalb Jahren erhebliche finanzielle Verluste erlitten. Besonders schwerwiegend ist es bei denjenigen, die ihre Altersversorgung verloren haben. Hier sollte der Staat künftig stärker Aufgaben wahrnehmen. Informationen über Finanzprodukte müssen die tatsächlichen Chancen und Risiken widerspiegeln, und hochriskante Wertpapiere müssen gegebenenfalls auch reglementiert werden. An Finanzvermittler müssten hohe Anforderungen hinsichtlich ihrer Qualifikation, aber auch hinsichtlich ihrer Haftung gestellt werden. Eine Aufgabe, der sich die Bundesregierung umgehend stellen muss.

Ein zweites wichtiges Thema ist der Datenschutz – d.h. Stärkung der Stellung der Verbraucher gegenüber Adresshandel und Werbung. Hier kann das Änderungsgesetz zur Bekämpfung von Datendiebstahl und illegalem Adresshandel ein wichtiger Schritt sein. Tack fordert, dass die Verwendung personenbezogener Daten für Zwecke des Adresshandels, für Werbung oder zur Markt- und Meinungsforschung nur noch nach Einwilligung zulässig sein dürfen.

In Brandenburg haben wir eine positive Entwicklung in der Verteilung der Zuständigkeit zum Datenschutz zu verzeichnen. Bei der „Landesbeauftragten für Datenschutz und für das Recht auf Akteneinsicht“ werde nach dem Gesetzentwurf der Landtagsfraktionen von Linkspartei und SPD in diesem Jahr eine Zusammenführung von privatem und öffentlichem Datenschutz erfolgen. Somit haben Bürger, Verbände und Behörden einen einheitlichen Anlaufpunkt, und Aufgaben und Probleme können gut gebündelt werden.

Anita Tack  
Ministerin f. Umwelt,  
Gesundheit und Verbraucherschutz

## Gegen Erpressung und Lohndrückerei

„Erpressung und Lohndrückerei sind bei Schlecker zur Methode geworden. Der breite entschiedene Protest vieler hat Schlecker zurückrudern lassen. Trotzdem werden weiter die Filialen geschlossen. Offen ist, ob die bestehenden Leiharbeiter und von Entlassung bedrohten Verkäuferinnen in den neuen XL-Filialen künftig zu den alten Bedingungen weiter beschäftigt werden. Dafür macht DIE LINKE Druck und unterstützt die Beschäftigten.“

Rot-Grüne und schwarz-gelbe Arbeitsmarktpolitik haben auch in Potsdam zu einem rasanten Anstieg prekärer Arbeitsverhältnisse geführt. Ende 2009 gab es hier 4.051 (Januar 2009: 3.724) Aufstocker, also Menschen, die trotz Arbeit Hartz IV beziehen. Diese Entwicklung gilt es umzukehren.

Um Lohndrückerei wie bei Schlecker zukünftig zu verhindern, bleibt DIE LINKE dabei: „Leiharbeit muss wieder scharf begrenzt, gleich bezahlt und zusätzlich mit einem Flexibilitätszuschlag vergütet werden. Außerdem benötigen wir einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn.“

## Unzulässige Werbeanrufe stoppen

Anlässlich ihres 20. Geburtstages startete die Verbraucherzentrale Brandenburg eine Kampagne gegen unzulässige Werbeanrufe. Betroffene sind in den nächsten Wochen aufgerufen, im Potsdamer Beratungszentrum (Bahnhofspassage, Lange Brücke 2) oder online unter [www.vzb.de/telefonwerbung](http://www.vzb.de/telefonwerbung) mitzuteilen, wann sie in welcher Angelegenheit und möglichst von welcher Firma mit einem Werbeanruf belästigt wurden. Im Sommer werden die gesammelten Beschwerden mit der Forderung einer Gesetzesverschärfung der Bundesregierung übergeben.

## Saisoneröffnung des Fanfarenzugs Potsdam am 1. Mai

Traditionell beginnt am 1. Mai, 14:30 Uhr, im Stadion Luftschiffhafen, die Saisoneröffnung des Fanfarenzugs Potsdam. Dazu lädt der Fanfarenzug Potsdam alle recht herzlich ein, dabei zu sein, wenn Musiker aller Altersgruppen ihre musikalischen Leistungen im Zusammenspiel mit vielen Variationen zeigen. Durch intensive Mitgliederwerbung in den letzten Jahren ist die Mannschaft gewachsen und wird durch neue, junge, musikbegeisterte Kinder und Jugendliche unterstützt. Für diese jungen Mitglieder ist die Saisoneröffnung der erste große Auftritt vor einem zahlreichen Publikum. Für diesen Tag werden sie gut vorbereitet sein. Aber die Aufregung ist doch, wie die Älteren wissen, immer sehr groß.

In diesem Jahr packt der Fanfarenzug nicht die Koffer, um zu einer Weltmeisterschaft zu fahren oder zu fliegen. In diesem Jahr kommen die Musiker vieler

Marching Show Bands aus aller Herren Länder zu uns nach Potsdam. Vom 26. Juli bis 1. August 2010 findet die Weltmeisterschaft der Marching Show Bands (WAMSB) in Potsdam statt. Für eine Woche zieht internationaler Rhythmus im Luftschiffhafen ein. Der Fanfarenzug Potsdam fiebert diesen Wettkämpfen entgegen, und die Aufregung wächst von Monat zu Monat.

Die Vorbereitungen laufen seit 2009 auf Hochtouren. Die Stadt Potsdam ist Ausrichter der Weltmeisterschaft der Marching Show Bands im Jahr 2010.

Der Fanfarenzug zeigt, auch das ist seit über 20 Jahren Tradition, am 1. Mai seine neue Show, an der natürlich in der Winterzeit viel geübt, verbessert und Neues eingefügt wurde. Seit einigen Jahren gibt es ein Gestalterteam, das für die Show neue Figuren entwickelt, die die Potsdamer und ihre Gäste bestimmt erkennen werden. Der

Fanfarenzug ist auf die Wirkung beim Publikum ganz gespannt. Aber es gibt nicht nur neue Figuren in der Show, sondern auch neue Kleidung für alle aktiven Musiker – aber die Farbe Rot-Weiß bleibt – Tradition bleibt Tradition.

Zum 1. Mai kommt auch eine neue CD-Produktion auf den Musikmarkt. Auf dieser CD ist auch ein neues Stück, der Cottbuser Marsch, wie so oft von Bernhard Bosecker geschrieben. Der Verkaufsstart dieser neuen CD ist zur Saisoneröffnung am 1. Mai.

Der Fanfarenzug Potsdam bekommt musikalische Unterstüt-

zung vom Landespolizeiorchester Brandenburg unter Leitung von Peter Vierneisel. Weitere Gäste sind u.a. der Fanfarenzug Berlin und erstmalig der Spielmannszug Brandenburg.

Also: Rechtzeitiges Erscheinen sichert die besten Plätze.

-bm

Interessenten melden sich bei:  
SG Fanfarenzug Potsdam e. V.  
im Malteser Treffpunkt Freizeit  
Herrn Thomas Knüpfer  
Am Neuen Garten 64  
14469 Potsdam  
Tel: 0331 / 97 93 035  
E-Mail: [info@fanfarenzugpotsdam.de](mailto:info@fanfarenzugpotsdam.de)  
[www.fanfarenzugpotsdam.de](http://www.fanfarenzugpotsdam.de)



## Wohnungsgenossenschaften feiern in der historischen Mitte der Stadt

### 6. Potsdamer Genossenschaftstag am 11. September 2010 auf dem Alten Markt

Der diesjährige Potsdamer Genossenschaftstag findet am 11. September 2010 auf dem Alten Markt in der historischen Mitte der Landeshauptstadt statt. Das haben die beteiligten acht Potsdamer Wohnungsgenossenschaften beschlossen.

Der mittlerweile 6. Genossenschaftstag wird als lebendiges Stadtfest mit Bühnenprogramm, Aktionsangeboten und zahlreichen Ständen geplant. „Bisher sind wir mit der Veranstaltung durch die einzelnen Wohngebiete getourt, wo unsere Genossenschaften ihre Wohnbestände haben. Wir haben uns nun für den Alten Markt in der Potsdamer Stadtmitte entschieden, da er von allen Wohngebieten gut erreichbar ist. Die Wohnungsgenossenschaften sind zudem ein fester Bestandteil der Potsdamer Wohn- und Lebenskultur. Und das wollen wir nun auch an zentraler Stelle zeigen“, so Angelika Eckhardt, Vorstandsvorsitzende der in diesem Jahr federführenden WBG Potsdam-West, die 2010 ihr 75-jähriges Bestehen feiert, zur Entscheidung für den Veranstaltungsort. Der Alte Markt sei auch aufgrund der vielen sich vollziehenden Veränderungen interessant, auch wenn dies bedeute, den Veranstaltungsort flexibel zu halten.

Der Genossenschaftstag 2010 mit dem Veranstaltungsort Alter Markt soll kein Einzelfall sein. Geplant ist, die Veranstaltung dauerhaft in der Stadtmitte, vis-à-vis dem Brandenburgischen Landesparslament durchzuführen.



Unser Fanfarenzug als Gewinner im holländischen Kerkrade 2009.

## tips & termine • tips & termine • tips & termine • tips & termine • tips & termine • tips & termine

**Montag, 06.04.2010, 14.30 Uhr:**  
„Hiddensee – Insel der Stille“. Diavortrag in Überblendtechnik mit Walter Heller.  
\*Dahlweid

**Mittwoch, 07.04.2010, 13.30 Uhr:**  
„18, 20, Buben 'raus“. Skattturnier unter Leitung von Dr. Herbert Schlomm und Karl-Heinz Kunicke. \*Dahlweid

**Donnerstag, 08.04.2010, 18.00 Uhr:**  
„Gibt es einen linken Landeshaushalt? – Donnerstagsgespräch, Dr. Helmuth Markov, Stellv. Ministerpräsident und Finanzminister Brandenburgs, zu Gast bei Matthias Krauß. \*\*RLS

**Sonntag, 11.04.2010, 10.00 Uhr:**  
„Rathausreport live“ im Bürgerhaus Am Schlaatz

**Dienstag, 13.04.2010:**  
Jüdisches Leben in Potsdam – Zeitgeschichtliche Dokumentation – Besichtigung im KIBUZ (Kultur-, Integrations- und Begegnungszentrum) Berliner Str. 148

**Mittwoch, 14.04.2010, 19.00 Uhr:**  
„Potsdam im Zweiten Weltkrieg. Eine Chronik“ – Die Autoren Kurt Baller und Marlies Reinholz stellen ihr neues Buch in der Stadt- und Landesbibliothek Potsdam vor.

**Sonabend, 16.04.2010:**  
Info-Stände in den Stadtteilen: 10.00 Uhr Bassinplatz; 14.30 Uhr Kepler-Platz, Stern; 15.00 Uhr Rathaus Babelsberg; 15.30 Uhr Havel-Nuthe-Center, Drewitz; 16.00 Uhr Fr.-Wolf-Straße, Waldstadt II.

**Sonntag, 17.04.2010:**  
Info-Stände: 10.00 Uhr REWE-Markt, Zen-

trum Ost; 10.00 Uhr Magnus-Zeller-Platz, Am Schlaatz; 10.30 Uhr vor „Kaiser's, Kirchsteigfeld.

**Montag, 19.04.2010, 14.30 Uhr:**  
„Vom Alpensee bis zur Sächsischen Schweiz“. Eine Videoreise mit Karl Kreutz aus der Reihe „Romantisches Deutschland“ führt Sie vom Königswinkel ins Reich der Tafelberge. \*Dahlweid

**Dienstag, 20.04.2010, 14.30 Uhr:**  
„Humboldtbrücke und L 40 – wo sind die Millionen geblieben?“. Dr. Herbert Schlomm diskutiert mit dem Stadtverordneten Dr. Klaus-Uwe Gunold über Brücken, Straßenbahnen und Radwege in Potsdam. Gelungenes und Fehlendes. \*Dahlweid

**Mittwoch, 21.04.2010, 13.30 Uhr:**  
„18, 20, Buben 'raus“. Skattturnier unter

Leitung von Dr. Herbert Schlomm und Karl-Heinz Kunicke. \*Dahlweid

**Donnerstag, 22.04.2010, 18.00 Uhr:**  
Die prekären Beschäftigungsverhältnisse und ihre arbeitsrechtliche Einordnung – öffentliche Tagung der Arbeitsgemeinschaft Arbeitsgesetzbuch. Vortrag und Diskussion mit Dr. Steffen Hultsch. \*\*RLS

**Sonabend, 24.04.2010:**  
Lesecke in der Alleestraße 3 – Siegfried Schumacher liest aus seinem Buch „Davongekommen aus allem Heil und Unheil“.

**Montag, 26.04.2010, 14.30 Uhr:**  
„Ferne Länder – fremde Kulturen – nahegebracht: Bolivien – reiches armes Land“. Eine abenteuerliche Reise mit Eva Gretschnach Bolivien. \*Dahlweid

**Dienstag, 27.04.2010, 14.00 Uhr:**  
„Musikalischer Rätselnachmittag – wir tanzen und singen in den Mai“ mit Manfred Bischoff. \*Dahlweid

**Freitag, 30.04.2010, 19.00 Uhr:**  
„Mein Liebchen hat ein etwas“ – die Studiobühne Aschersleben zu Gast im Club SternKabarett im Bürgerhaus STERN\*ZEICHEN, Galileistraße 37/39.

**Montag, 03.05.2010, 14.30 Uhr:**  
„Südtirol – Land im Gebirge“. Diavortrag in Überblendtechnik mit Walter Heller. \*Dahlweid

\*Dahlweid: Seniorentreff Edisonallee 11 im Zentrum Ost  
\*\*RLS: Rosa-Luxemburg-Stiftung, Dortustraße 53